

„Mehr Bock auf Arbeit“

Steffen Kampeter

Geboren 1963 in Minden,
Parlamentarischer
Staatssekretär a. D.,
Hauptgeschäftsführer
der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeit-
geberverbände (BDA).

Unternehmer und Arbeiter eint die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft

Wenn über Wirtschaft gesprochen wird, geht es oft um Zahlen von Wachstum, Produktivität, Investitionen. Doch dahinter stehen auch Millionen Beschäftigte, die jeden Tag in Werkhallen, Büros und Handwerksbetrieben ihrer Arbeit nachgehen.

Aus Sicht der deutschen Arbeitgeber gilt daher ein einfacher Grundsatz: Der Wohlstand dieses Landes ist mehr als abstrakte Statistik – Wohlstand ist das Produkt gemeinsamer Leistung von Unternehmern und Mitarbeiterschaft.

Diese gemeinsame Verantwortung prägt die deutsche Wirtschaftsordnung seit Jahrzehnten – und es waren erfolgreiche Jahrzehnte. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschaftspolitisches Konzept und ein gesellschaftlicher Kompromiss zugleich: Freiheit für Unternehmen, Sicherheit für Arbeiter – und sie beinhaltet die Überzeugung, dass sich

1 Statistisches Bundesamt: Langfristige Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 2026, www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/BIP-Langfristig.html [letzter Zugriff: 10.03.2026].

2 Siehe Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen: Die neue IG Metall-Initiative fordert eine weitere Reduzierung der Arbeitszeit, 27.05.1998, www.eurofound.europa.eu/de/publications/all/new-ig-metall-initiative-demands-further-reduction-working-time [letzter Zugriff: 10.03.2026].

wirtschaftliche Dynamik und soziale Stabilität im Idealfall ergänzen. Der geistige Vater der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, formulierte diesen Gedanken in einem Satz, der bis heute aktuell ist: „Je freier die Wirtschaft, desto sozialer ist sie auch.“

Dieser Satz bringt es auf den Punkt: Wohlstand entsteht nicht durch staatliche Planung, sondern durch die Initiative von Menschen – durch Arbeit und Unternehmertum, durch Innovation und Ambition.

Der Aufstieg der Arbeiter

Die Geschichte der Bundesrepublik ist auch eine Geschichte des Aufstiegs der Arbeiterschaft. Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges begann ein beispielloser wirtschaftlicher Wiederaufbau. Millionen Arbeiter in Fabriken, Bergwerken, Bauunternehmen und Werkstätten trugen entscheidend dazu bei, dass aus Trümmern eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt wurde. Zwischen 1950 und 1960 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt um rund acht Prozent pro Jahr.¹

Das Wirtschaftswunder der 1950er- und 1960er-Jahre war genau genommen kein Wunder. Es war das Ergebnis harter Arbeit, technischer Innovation und eines funktionierenden Zusammenspiels von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Arbeiter bauten Maschinen, Autos und Infrastruktur – all die Produkte, die „Made in Germany“ weltweit zu einem Qualitätssiegel werden ließen.

Gleichzeitig vollzog sich ein sozialer Aufstieg in einem bis dahin ungeahnten Ausmaß: Reallöhne stiegen über Jahrzehnte, der Zugang zu Bildung wurde breiter, Eigentum wurde für viele Arbeiterfamilien möglich. Zugleich verkürzte sich die Wochenarbeitszeit deutlich: von 48 Stunden,² verteilt auf sechs Tage, in den 1950er-Jahren auf heute tariflich meist 35 bis 40 Stunden, verteilt auf fünf Tage. Produktivitätsfortschritte wurden dadurch in Wohlstand und Freizeit übersetzt.

Die Bundesrepublik entwickelte eine leistungsfähige Mittelschicht – diese ging in Teilen aus der klassischen Arbeiterschaft hervor. Dieser Aufstieg ist ein Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft: Wer arbeitet, kommt voran – so lautete das Versprechen.

Eine zentrale Institution dieses Systems war und ist die Sozialpartnerschaft. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften verhandeln Tarifverträge, streiten in der Sache, oft hart. Aber sie verfolgen ein gemeinsames Ziel: wirtschaftlichen Erfolg und sichere Arbeitsplätze. Dieses Modell hat Deutschland über Jahrzehnte Stabilität gegeben. Andere Länder litten unter politischen und sozialen Konflikten. In Deutschland erkannten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dass sie letztlich aufeinander angewiesen sind.

Unter dem Strich gilt ein einfacher Satz: Arbeit schafft Wohlstand. Das Verhältnis zwischen Beschäftigten und Unternehmen ist meist besser, als es in den Debatten dargestellt wird. In einer aktuellen Forsa-Umfrage äußerten sich laut *Focus* beispielsweise 84 Prozent der Beschäftigten zufrieden mit ihrer Arbeit, während gleichzeitig 92 Prozent keine Angst vor einer Kündigung haben.³ All das zeigt: In vielen Betrieben gelingen Kooperation und ein gutes Miteinander – man strengt sich an für ein gemeinsames Ziel. Hört man allerdings Teilen der Gewerkschaften und den Parteien links der Mitte zu, sieht man ein Zerrbild, das mit den betrieblichen Realitäten nicht viel zu tun hat. Fest steht aber: Arbeit „made in Germany“ ist gute Arbeit.

Aus Sicht der Arbeitgeber ist klar: Die Arbeiterinnen und Arbeiter in unseren Betrieben sind hochqualifiziert, leistungsbereit und innovativ. Sie bedienen komplexe Maschinen, programmieren Produktionsanlagen, entwickeln neue Verfahren oder organisieren logistische Prozesse. Auch unser Dienstleistungssektor entwickelt sich dynamisch.

Gerade die duale Ausbildung – eine Besonderheit des deutschen Bildungssystems – hat dazu beigetragen, dass die Qualität unserer Facharbeiter außergewöhnlich hoch ist. Fachkräfte bilden das Rückgrat vieler Branchen. Deshalb gilt: Wer über die Zukunft der Wirtschaft spricht, spricht immer auch über die Zukunft der Arbeit.

Eine Strafsteuer auf Arbeit

Doch so erfolgreich dieses Modell lange war – in den vergangenen Jahren ist einiges aus der Balance geraten. Deutschland befindet sich wirtschaftlich in einer schwierigen Phase – gleichzeitig wächst der Staatsapparat.⁴ Seit Beginn der Corona-Pandemie stagniert das Land wirtschaftlich, Investitionen gehen zurück, und Unternehmen sehen sich zunehmend mit hohen Energiepreisen, Bürokratie und komplexen Regulierungen konfrontiert. Die Beschäftigten verschwenden zu viel wertvolle Arbeitszeit mit sinnloser Bürokratie. Ohne diese Fußfesseln wären sie produktiver, effizienter, könnten näher am Kunden sein oder Innovationen vorantreiben. Der Aufwand für Bürokratie ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: Sie kostet den deutschen Mittelstand mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr.⁵

Gleichzeitig steigt die Belastung von Arbeit durch Steuern und Sozialabgaben. Die Summe der Sozialversicherungsbeiträge liegt inzwischen deutlich über der 40-Prozent-Marke – vor allem getrieben durch die ständig steigenden Kosten in den Bereichen Gesundheit und Pflege.

Ökonomisch wird deutlich: Die steigenden Sozialabgaben sind eine Strafsteuer auf Arbeit. Die Produktion in Deutschland wird dadurch weniger attraktiv. Konkreter: Arbeitsplätze sind gefährdet. Das ist ein

³ Siehe auch „Gen Z zögert: Auch die Jüngsten wägen Jobwechsel genauer ab“, in: Focus online, 28.02.2026, www.focus.de/finanzen/karriere/gen-z-zoegert-auch-die-juengsten-waegen-jobwechsel-genauer-ab_983fab86-94a7-4412-844f-e135aa463b69.html [letzter Zugriff: 10.03.2026].

⁴ Max Borowski: „Merz misst seinen Erfolg oder Scheitern an Grafik des ‚wirtschaftlichen Niedergangs‘. Investitionen als Messlatte“, in: ntv, 05.11.2025, www.ntv.de/wirtschaft/Schock-Grafik-Merz-und-die-drei-Linien-zur-Lage-der-deutschen-Wirtschaft-Bundeskanzler-article26142851.html [letzter Zugriff: 10.03.2026].

⁵ „Bürokratie kostet Unternehmen 62 Milliarden Euro im Jahr“, in: Der Spiegel, 23.01.2026, www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/buerokratie-kosten-fuer-unternehmen-sinken-leicht-auf-62-milliarden-euro-a-ffc778aa-a40f-4ee7-8aa9-53a947806710 [letzter Zugriff: 10.03.2026].

6 „Deutschland hat höchste Sozialausgaben in Europa“, in: tagesschau online, 24.11.2025, www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/sozialausgaben-rente-kosten-rentenstreit-iw-studie-100.html [letzter Zugriff: 10.03.2026].

7 Zitiert nach: „Zwei Drittel halten Sozialstaat für nicht mehr bezahlbar“, in: Der Spiegel, 10.02.2026, www.spiegel.de/wirtschaft/zwei-drittel-halten-sozialstaat-fuer-nicht-mehr-bezahlbar-a-891f11e1-7e56-4908-b5b1-4860355a6f5a [letzter Zugriff: 10.03.2026].

massiver Standortnachteil: Ausländische Investoren sehen Deutschland nicht mehr auf Platz eins ihrer Investitionsvorhaben.

Umso widersinniger ist es, dass Gewerkschaften oder Parteien links der Mitte ständig davon sprechen, dass es einen massiven Sozialabbau gegeben habe. Tatsache bleibt: Aktuell werden etwa 41 Prozent der staatlichen Gesamtausgaben in die sozialen Sicherungssysteme gepumpt – damit liegen wir auf dem ersten Platz in Europa.⁶

Sorge um die Zukunft des Sozialstaates

Diese Zahlen zeigen: Der Sozialstaat, über den Deutschland verfügt, ist einer der größten der Welt. Die Diagnose ist eindeutig: Er ist zu groß, zu ineffizient – und am Ende auch nicht fair, weil er diejenigen überproportional begünstigt, die gar nicht oder wenig arbeiten. Der Sozialstaat in der heutigen Form wird auch deshalb nicht mehr von allen akzeptiert, weil er zu teuer ist und die Probleme allzu offensichtlich sind. Knapp zwei Drittel der Bürger in Deutschland halten den Sozialstaat laut einer Forsa-Umfrage in seiner heutigen Form für nicht mehr finanzierbar.⁷

Die Arbeitgeber sorgen sich um die Zukunft des Sozialstaates, genauer: um seine langfristige Finanzierbarkeit. Von Gewerkschaften kommt nur der Ruf nach mehr Schulden und höheren Steuern. Wir wollen mit Blick auf die Demografie Veränderungen: Nur wer den Sozialstaat reformiert, sorgt dafür, dass wir auch in fünfzehn oder zwanzig Jahren ein funktionierendes System vorfinden. Oder anders ausgedrückt: Wer sich Reformen verweigert, befördert mittelfristig den Kollaps des Sozialstaates.

Oft wird in politischen Debatten der Anschein erweckt, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundsätzlich auf entgegengesetzten Seiten stehen. Das ist konstruiert, die Realität ist komplexer. Beide Gruppen teilen viele Interessen: stabile Unternehmen, sichere Arbeitsplätze, steigende Produktivität, höhere Reallöhne und weniger Bürokratie.

Zugleich ist klar: Viele Menschen machen sich Sorgen – und die populistischen und extremistischen Parteien rechts und links der Mitte profitieren davon. Die Themen sind bekannt: Steigende Lebenshaltungskosten, wirtschaftliche Unsicherheit, geopolitische Krisen und der rasante technologische Wandel – all das sorgt für Verunsicherung. Diese Sorgen müssen ernst genommen und von der politischen Mitte wirksam bearbeitet werden.

Ein Teil der politischen Debatte entfernt sich jedoch zunehmend von den realen Interessen vieler Arbeitnehmer – und vor allem vieler Arbeiter. Themen wie Identitätspolitik, *Degrowth*, Migration, ideologisch übersteuerte Klimapolitik und symbolische Kulturkämpfe dominieren

oft den Diskurs, während wirtschaftliche Fragen wie Arbeitsplatzverlust, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in den Hintergrund geraten. Doch für viele Beschäftigte gilt eine einfache Priorität: Es geht ihnen um Arbeit, Einkommen und wirtschaftliche Stabilität. Wie es Bill Clinton einst in einem Wahlkampfslogan formulierte: „It’s the economy, stupid.“

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass erfolgreiche Politik der Mitte und sogar links der Mitte auf wirtschaftlichen Realismus setzte. Politiker wie Helmut Schmidt oder später Gerhard Schröder verfolgten eine pragmatische Linie: wirtschaftliche Stärke als Voraussetzung sozialer Sicherheit.

Die Weltwirtschaft befindet sich erneut in einer Phase tiefgreifender Transformation. Nach Mechanisierung, Massenproduktion und Automatisierung erleben wir derzeit die nächste industrielle Revolution: die Digitalisierung und den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Diese Technologien werden Produktionsprozesse verändern, neue Geschäftsmodelle hervorbringen – und auch Arbeitsplätze verändern. Natürlich hat jede industrielle Revolution sowohl Gewinner als auch Verlierer hervorgebracht. Doch langfristig entstanden stets neue Arbeitsfelder, neue Branchen und eine höhere Produktivität. Damit Deutschland von dieser Entwicklung profitiert, ist vor allem eines notwendig: wirtschaftliche Freiheit, Investitionen und Innovationskraft.

Provokation für eine Wohlstandsdebatte

Die populistischen Parteien am linken und rechten Rand versprechen oftmals einfache Lösungen – meist in Form eines stärkeren Staates. Doch wirtschaftlicher Wohlstand entsteht nicht durch staatliche Kontrolle. Unternehmen brauchen Planungssicherheit, wettbewerbsfähige Energiepreise, eine leistungsfähige Infrastruktur und vor allem weniger Bürokratie. Die Politik sollte sich stärker auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: verlässliche und gute Rahmenbedingungen für Arbeit und Investitionen zu schaffen, statt Unternehmen immer stärker zu regulieren. Oder um es noch einmal nach Ludwig Erhard zu formulieren: Freiheit in der Wirtschaft ist keine Bedrohung für soziale Sicherheit – sie ist ihre Voraussetzung.

Die Kernfrage für die kommenden Jahre lautet: Welchen Beitrag kann Arbeit zum Erhalt von Wohlstand und sozialer Sicherheit leisten? Es geht dabei auch um die ideelle und materielle Anerkennung der Arbeitsleistung jedes Einzelnen.

Der Staat muss demjenigen, der Vollzeit arbeitet, mehr Netto von seinem Bruttolohn lassen. Das ist eine Frage des Respekts. Fest steht aber auch: Die Demografie stellt uns vor die Alternative, entweder

8 Stefan Braun: „Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit.“ Interview mit Steffen Kampeter, Table. Briefings, 23.02.2023, <https://table.media/berlin/analyse/wir-brauchen-mehr-bock-auf-arbeit> [letzter Zugriff: 10.03.2026].

Wohlstandsverlust in Kauf zu nehmen oder mehr zu arbeiten. Das ist der Kern der Formulierung „Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit“.⁸ Es ist die Provokation für eine Wohlstandsdebatte. Sie mit dem Vorwurf der Faulheit zu framen, zeigt, dass man die demografische Entwicklung ignorieren will. Andere Nationen sind da bereits weiter. In Dänemark verteidigen beispielsweise die Sozialdemokraten ein an die Lebenserwartung gekoppeltes Renteneintrittsalter.

Die Welt verändert sich schneller als je zuvor. Globalisierung, Digitalisierung, geopolitische Konflikte und demografischer Wandel stellen unsere Wirtschaft und Gesellschaft vor massive Herausforderungen. Doch unser Land hat schon einmal gezeigt, dass es große Herausforderungen meistern kann – durch Zusammenarbeit, Realismus und Vertrauen in die Leistungs- und Innovationsfähigkeit seiner Bevölkerung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden die Politik nicht hindern, wenn sie entschlossen in diesem Sinne handelt.